

Frieden auf der globalen Nachhaltigkeitsagenda – ein Thema für Kommunen?



Dokumentation der
Podiumsdiskussion zum
Internationalen Friedenstag 2015
Bonn, 20. September 2015

Frieden auf der globalen Nachhaltigkeitsagenda – ein Thema für Kommunen?

Dokumentation der Podiumsdiskussion zum
Internationalen Friedenstag 2015

Bonn, 20. September 2015

mit

Hagen Berndt
Kommunale Konfliktberatung

Christiane Lembert-Dobler
Leiterin des Friedensbüros der Stadt Augsburg

Adolf Kloke-Lesch
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik und Geschäftsführender
Direktor des Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany

Jürgen Nimptsch
Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn (bis Oktober 2015)

Moderation: **Natascha Zupan**
Leiterin der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt), Bonn

Eine Dokumentation der Diskussion von Dr. Susanne Reiff

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Inhalt

04 Editorial

05 Die 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung: eine Agenda für alle

05 Der friedenspolitische Auftrag der SDGs für Deutschland nach innen und außen

05 Deutschland: ein Ort für Friedenspolitik

07 Friedenspolitik: auch ein kommunales Thema

07 Lokale Friedensagenda in Augsburg und Bonn

08 Aktuell: Flüchtlinge als Herausforderung für Kommunen

09 Großes zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge

09 In Prozessen und Systemen denken

11 Friedensarbeit in Netzwerken

11 ...zwischen Politikfeldern der internationalen, europäischen und nationalen Politik

11 ...zwischen nationaler und internationaler Friedensarbeit

11 ...aus verschiedenen politischen Milieus

12 ...innerhalb einer Kommune

12 ...mit der Wirtschaft

12 Mit internationaler Erfahrung und lokaler Expertise zu pragmatischen Lösungen

14 Fazit

15 Kurz vorgestellt: Referenten und Referentin auf dem Podium

16 Die Veranstalter im Überblick

17 Impressum

Editorial

Marc Baxmann | Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)

Dr. Wolfgang Heinrich | Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Martin Weinert | Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Am 25. September 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen die 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung mit 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) – ein historisches Ereignis. Nur fünf Tage vorher, am 20. September 2015, veranstalteten wir – die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt), Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst und das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert Stiftung – unsere jährliche Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag im Rahmen der Bonner Friedenstage.

Durch diese zeitliche Nähe war das Thema der Podiumsdiskussion gesetzt, zumal Frieden nicht nur ein eigenständiges Ziel, sondern ein Leitmotiv der gesamten 2030 Agenda darstellt. Damit wird anerkannt, dass Frieden und Entwicklung untrennbar miteinander verbunden sind. Krieg und Gewalt stellen die größten Hindernisse für nachhaltige Entwicklung dar – umgekehrt ist ein nachhaltiger Frieden nicht ohne soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung zu erreichen.

Die neue Agenda bringt einen überfälligen Perspektivwechsel mit sich, denn sie gilt für alle Staaten gleichermaßen und nicht nur für Entwicklungsländer. Die SDGs nehmen damit auch Deutschland in die Pflicht und bieten einen Orientierungsrahmen für Nachhaltigkeitsziele in Deutschland.

Welche Verantwortung haben also Kommunen in Deutschland bei der Umsetzung des Friedensziels der 2030 Agenda und sind sie den Anforderungen gewachsen? Bietet die 2030 Agenda Antworten auf die aktuellen Herausforderungen der Kommunen für ein friedliches Zusammenleben?

Diesen Fragen gingen die Teilnehmenden der Podiumsdiskussion zum Friedenstag 2015 im Alten Rathaus der Stadt Bonn nach. Kaum ein Ort in Deutschland wäre besser geeignet, um zu diskutieren, wie Kommunen das Nachhaltigkeitsziel einer friedlichen und inklusiven Gesellschaft am besten umsetzen können: Bonn ist UNO-Stadt und versteht sich als Ort nachhaltigen Handelns und nachhaltiger Politik. Weil eine globale nachhaltige Entwicklung nicht ohne Frieden zu erreichen ist, hat die Stadt Bonn auch den Claim „Frieden. Peace. Paix. Bonn“.

Die Diskussion zeigte: Die Umsetzung des Friedensziels der 2030 Agenda muss auch in Deutschland eine politische und gesellschaftliche Priorität sein. Damit Deutschland zu Hause und in der Welt friedliche und inklusive Gesellschaften fördern kann, braucht es ambitionierte Ziele und Indikatoren. Sie müssen sowohl in der Neuauflage der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die im Sommer 2016 verabschiedet werden soll, als auch in den Nachhaltigkeitsstrategien von Ländern und Kommunen festgelegt werden.

Wir danken der Stadt Bonn für ihre Unterstützung der Veranstaltung, dem interessierten und nachfragenden Publikum und insbesondere Hagen Berndt, Christiane Lembert-Dobler, Adolf Kloke-Lesch und dem damaligen Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch für ihre Diskussion auf dem Podium.

Diese Publikation fasst zentrale Punkte der Diskussion zusammen und soll Anregungen für die Umsetzung der Sustainable Development Goals in Deutschland geben.

Die 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung: eine Agenda für alle

Die Sustainable Development Goals, die die Weltgemeinschaft bis 2030 realisieren will, richten sich gleichermaßen an Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer. Der Begriff „Entwicklung“ im Namen der Agenda ist richtungsweisend: Es ist nicht das Ziel, einen bestimmten Grad an Nachhaltigkeit zu erreichen; vielmehr sollen sich alle Länder nachhaltig weiterentwickeln. Dabei ist unter Entwicklung mehr als wirtschaftliches Wachstum zu verstehen; die 2030 Agenda zielt auf die Integration der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen sowie auch der politischen Dimensionen von Nachhaltigkeit. Frieden ist dabei ein Leitmotiv der gesamten Agenda und findet sich in dem konkreten Ziel, friedliche und inklusive Gesellschaften zu fördern (Ziel 16), wieder. Wie wichtig es war, die Friedensdimension umfassend in die globale Agenda zu integrieren, zeigen

diverse Entwicklungen der letzten Jahre. Die Welt wird wieder unsicherer. Nahmen in den vergangenen Jahrzehnten bewaffnete Konflikte weltweit ab, so steigt ihre Zahl inzwischen wieder an. Symptomatisch dafür steht die weltweite Flüchtlingskrise mit derzeit etwa 60 Millionen Menschen auf der Flucht.

Auch die langfristigen Trends sind besorgniserregend: Extreme Armut wird sich immer mehr in Konfliktregionen konzentrieren. Mindestens 62 Prozent der Ärmsten werden nach Berechnungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Jahr 2030 in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten leben. Konflikt und Gewalt werden zur „letzten Meile“ auf dem Weg, extreme Armut zu bekämpfen.

Präambel der 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung: „Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.“

Ziel 16 der 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung: „Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.“

Der friedenspolitische Auftrag der SDGs für Deutschland nach innen und außen

Jede Gesellschaft handelt nicht isoliert, sondern innerhalb einer komplexen und vernetzten Welt. Viele nationale Herausforderungen eines nachhaltigen Friedens wie die Aufnahme vieler Hunderttausend Flüchtlinge sind eng mit gewaltsamen Konflikten oder Gewaltherrschaft auf anderen Kontinenten wie in Syrien, Libyen oder Eritrea verbunden. Gleichzeitig beeinflussen Konsum- und Produktionsweisen in Industrie- und Schwellenländern die Chancen der Menschen anderswo, die Ziele nachhaltiger Entwicklung zu erreichen. Insbesondere reichere Länder wie Deutschland müssen

daher auch die Auswirkungen ihrer Innen-, Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik auf gewaltsame Konflikte in anderen Ländern in den Blick nehmen. Viele Deutsche erkennen, dass sie sich ihren Wohlstand nur auf Kosten anderer leisten können. Ein Beispiel sind Konfliktrohstoffe: Zinn, Gold, Tantal und Wolfram stecken zum Beispiel in Laptops, Smartphones und medizinischen Geräten. In den Lieferketten werden ökologische und menschenrechtliche Standards nur unzureichend berücksichtigt. Der Abbau und Handel mit Rohstoffen kann somit dazu beitragen, Bürgerkriege und andere bewaffnete



Konflikte zu finanzieren. Ein anderes Beispiel sind die Folgen einer nicht-nachhaltigen Ernährungs- und Energiepolitik: In Entwicklungsländern werden viele landwirtschaftliche Flächen für den deutschen Konsum verbraucht. Das kann in diesen Ländern zu Konflikten um Land und Ressourcen führen. Eine scharfe Abgrenzung von globaler und nationaler Friedens- und Nachhaltigkeitspolitik ist somit überholt. Die SDGs verlangen auch von Deutschland einen neuen Entwicklungspfad. „Friedenspolitik richtet sich demnach gleichermaßen an die Friedlichkeit der eigenen Gesellschaft und an die Auswirkungen des eigenen Handelns auf gewaltsame

Konflikte und ausbleibende Entwicklung in anderen Teilen der Welt. Wir müssen die globalen Ziele auf die bundes-, landes- und kommunalpolitische Ebene herunterbrechen und Ebene für Ebene schauen, was die SDGs dort bedeuten“, so Adolf Kloke-Lesch. Jene deutschen friedenspolitischen Organisationen, die sich seit den 1990er Jahren verstärkt mit Ansätzen und Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung im Ausland engagieren, müssten heute wieder den Blick nach innen werfen, befand Hagen Berndt; dafür biete die 2030 Agenda eine gute Basis.

Deutschland: ein Ort für Friedenspolitik

Mit dem SDG 16 erhält die deutsche Gesellschaft den Auftrag, sich selbst am Leitbild einer friedlichen und inklusiven Gesellschaft zu messen. Grundsätzlich sind deren Merkmale wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gewaltfreie Konfliktaustragung fest in der Identität der Bundesrepublik Deutschland verankert. Doch es gibt auch für Deutschland einiges zu tun, um den Auftrag des SDG 16 im eigenen Land verantwortungsvoll zu erfüllen. So ist Deutschland beispielsweise mit der Herausforderung konfrontiert, sich für den Erhalt der brüchigen europäischen Friedensordnung einzusetzen, die Flüchtlingskrise zu bewältigen und die negativen Folgen von Waffenexporten stärker zu berücksichtigen. Auch den sozialen Zusammenhalt in der deutschen Gesellschaft zu stärken, der gesellschaftlichen Polarisierung durch Bewegungen wie Pegida, der Gewalt gegen Flüchtlinge und Radikalisierungen entschlossen entgegenzutreten, müssen Ziele Deutschlands im Kontext des Ziels 16 sein.

Die deutsche Gesellschaft sei vielfach ratlos, wie sie am besten mit diesen Herausforderungen und Konflikten umgehen soll, beobachtet Hagen Berndt.

Zudem mangle es an Solidarität mit den „Verlierern“ des westlichen Entwicklungsmodells. Das gelte für die griechische Bevölkerung, die unter dem von der EU auferlegten strengen Sparkurs leide, gleichermaßen wie etwa für die aus der Gesellschaft Ausgegrenzten und Zurückgelassenen im eigenen Land. Vorschläge, wie sich diese Situation verbessern lasse, fänden wenig Gehör, und viele hätten den Eindruck, dass sich die Politik diesen Ideen gegenüber verweigert. Es sei aber unerlässlich, diese Menschen mit in die politischen Diskurse einzubeziehen, damit sich aus ihrer Enttäuschung kein Potenzial für Unfrieden und verpasste Inklusion entwickelt.

„Aktuelle gesellschaftspolitische Debatten etwa zu fremdenfeindlichen Gewalttaten lassen friedenspolitische Antworten vermissen“, beklagte Hagen Berndt. Stattdessen träten in den Medien häufig Politiker und Polizisten auf, die die gesellschaftlichen Herausforderungen lediglich aus einer „Law and Order“-Perspektive betrachteten oder auf die Grenzen der Aufnahmefähigkeit von Flüchtlingen hinwiesen. Friedenspolitische Antworten drängten dagegen kaum an die Öffentlichkeit.

Friedenspolitik: auch ein kommunales Thema

Wenn sich Kommunen mit den SDGs auseinandersetzen, reicht es nicht, dass sie schauen, wie sie welche Ziele schon umsetzen und was sie schon erreicht haben. Vielmehr sollten sie sich fragen, was jedes einzelne SDG für sie bedeutet. Dabei kann es durchaus vorkommen, dass Ziele oder Unterziele für eine Kommune nicht relevant sind oder der in den SDG formulierte Anspruch nicht hoch genug ist. An vielen Stellen können die SDGs aber wichtige Orientierungshilfen geben und neue Türen öffnen. Ein Schwerpunkt bei der Auseinandersetzung mit den Nachhaltigkeitszielen sollte für deutsche Kommunen auf jeden Fall die Frage sein, wie sie am besten mit lokalen Konflikten umgehen.

Gesellschaftliche Konflikte manifestieren sich in der Regel zuerst lokal – dort, wo die Menschen unmittelbar mit der neuen Situation konfrontiert sind. Jede kommunale Verwaltung muss sich systematisch ein Bild darüber verschaffen, welche längerfristigen Konfliktpotenziale und Spannungen in ihrer Kommune existieren – auch über die aktuelle Flüchtlingsproblematik hinaus. Sie müssen fragen: „Wo gibt es problematische Haltungen und Handlungsweisen, die in Zukunft zu Konflikten

führen können? Welche Ressourcen sind am besten geeignet, um das Eskalationspotenzial zu reduzieren, wenn Bürgerinnen und Bürgern sich stark oder längerfristig benachteiligt fühlen?“ Hagen Berndt ist überzeugt: „Mit so einem systematischen Vorgehen lässt sich auf lange Sicht verhindern, dass die Kommunen in Konfliktsituationen lediglich ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen, aber nicht grundsätzlich Konflikte bearbeiten.“ Ein Beispiel hierfür sei die Positionierung von Polizeikräften als einzige, geradezu hilflos erscheinende Antwort auf Drohungen gegenüber Flüchtlingsunterkünften.

Friedenspolitische Organisationen bieten deutschen Kommunen an, sie bei einer derart systematischen Konfliktbearbeitung zu unterstützen, um Konflikte im Umfeld von Migration und Integration frühzeitig zu erkennen und einer Eskalation vorzubeugen. Bislang nehmen die Kommunen dieses Angebot wenig an; meist nur, wenn lokale Entscheidungsträger Verbindungen zu friedenspolitischen Akteuren haben oder wenn sie nicht mehr weiter wissen, beispielsweise weil sie akut die Anwendung von Gewalt gegen Flüchtlinge oder Flüchtlingseinrichtungen befürchten.

Lokale Friedensagenda...

...in Augsburg

Augsburg ist „Friedensstadt“ und begeht jedes Jahr am 8. August das Augsburger Hohe Friedensfest als gesetzlichen Feiertag. Die Augsburger gedenken damit dem Jahr 1650, als die Protestanten in Augsburg erstmals ihre Religion frei ausüben konnten, was bereits im Augsburger Religionsfrieden von 1555 und im Westfälischen Frieden von 1648 formal festgelegt worden war. Heute setzt das Augsburger Hohe Friedensfest mit künstlerisch-kulturellen Mitteln ein Zeichen für die gesellschaftliche Vielfalt in einer Stadt, in der 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger einen Zuwanderungshintergrund haben.

Es soll Brücken über Religions- und Glaubensgrenzen, soziale Unterschiede und ökonomische

Lebenswelten hinweg gestalten, für ein friedliches Miteinander eintreten und zum Diskurs anregen.

Aus dem historischen Kontext heraus schuf die Stadt Augsburg ein Friedensbüro, das sich einer inklusiven Gesellschaft widmet. Das Friedensbüro kann eine große Strahlkraft haben, indem es innerhalb der Stadtverwaltung Strukturen und Synergien zwischen verschiedenen städtischen Handlungsfeldern schafft. Seine externen Programme gestaltet das Friedensbüro in einem Netzwerk mit zahlreichen Partnern wie etwa der Universität, Friedensinitiativen, Migrantinnen-Organisationen und der Volkshochschule.

Der Stadtrat von Augsburg verabschiedete im



Augsburger Hohes Friedensfest

Sommer 2015 Zukunftsleitlinien, die sich der ökologischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Zukunftsfähigkeit der Stadt widmen. Die Leitlinien sind ein Resultat eines bürgerschaftlichen Prozesses für eine lokale Nachhaltigkeits-Agenda. Frieden manifestiert sich in den Leitlinien primär

als übergeordnetes Ziel, das wichtige Orientierung gibt. Die Umsetzung solcher Leitlinien in die politische, soziale und wirtschaftliche Praxis ist in Augsburg so wie überall anders ein langwieriger und schwieriger, aber unverzichtbarer Prozess.

...in Bonn

Friedenspolitik zeigt sich in Bonn an vielen Orten und zu vielen Gelegenheiten. Die Bonnerinnen und Bonner praktizieren ihr bürgerschaftliches Friedens-Engagement in zahlreichen Partnerschaften mit ausländischen Städten, Schulen und Vereinen und in den Aktivitäten von diversen Friedensinitiativen.

zahlreiche Projektpartnerschaften in Asien, Afrika und Lateinamerika zum Kulturaustausch, zur Jugendarbeit sowie zum kommunalen Erfahrungsaustausch und zur Entwicklungszusammenarbeit.

Strukturellen friedenspolitischen Einfluss nimmt die Stadt Bonn im internationalen Forum „Mayors for Peace“, als Mitglied von „ICLEI-Local Governments for Sustainability“ und im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Zudem unterhält die Stadt

Friedliches Zusammenleben in einer Stadt wie Bonn heißt, die aus 175 Nationen stammenden Bürgerinnen und Bürger, die diversen Religionen angehören, in die Gesellschaft zu integrieren. Dafür bedarf es diverser Kommunikationsebenen. Eine Möglichkeit zur Kommunikation und damit auch ein Stück Friedensarbeit ist der 2011 eingerichtete Rat der Religionen.

Aktuell: Flüchtlinge als Herausforderung für Kommunen

Die Vielzahl an Menschen, die derzeit in Deutschland Zuflucht und Asyl suchen, zeigt, wie relevant die 2030 Agenda auch in Deutschland ist. Die deutsche Gesellschaft ist hierbei in vielerlei Hinsicht gefordert.

Die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen gehen aber weit über das Füllen von Kleiderkammern und die Versorgung der Flüchtlinge mit Wohnraum und Essen hinaus. Eine vorausschauende kommunale Friedenspolitik muss heute schon schauen, wie die Herausforderungen übermorgen sein werden, wenn Flüchtlinge an den Orten angekommen sind, wo sie längerfristig bleiben. Was muss dann für deren Integration in die Gesellschaft getan werden? Wie können sie eine Stadt bereichern?

Zunächst müssen die Kommunen die Flüchtlinge unterbringen, versorgen und die Kinder etwa in das deutsche Schulsystem integrieren. Dabei ist ihr Handlungsspielraum oft durch bundes- oder landespolitische Vorgaben eingeschränkt. Prinzipiell durchaus sinnvolle Richtlinien und Verfahrensweisen stehen in der aktuellen Ausnahmesituation der Kommunen oft sinnvollen Prozessen im Wege. Viele Kommunalpolitiker fragen sich, berichtete Hagen Berndt, wie sich diese Blockaden bei der täglichen Bewältigung der vielen neu ankommenden Flüchtlinge überwinden lassen.

Allerdings, stellte Hagen Berndt fest, fehle vielen Kommunen die Bereitschaft zu planen. Er höre immer wieder von Lokalpolitikern, dass sie mit der Versorgung der Flüchtlinge schon mehr als ausgelastet seien und daher weder die finanziellen Mittel noch die Zeit hätten, mittelfristig zu



Flüchtlinge suchen in Deutschland Sicherheit

planen und Konflikten vorzubeugen. So reagierten viele Kommunen erst, wenn Konflikte etwa in fremdenfeindliche Ausschreitungen eskalieren. Anstatt die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber

Flüchtlingen frühzeitig zu bearbeiten, bleibe dann oft nur noch als einzige Option, Flüchtlingsunterkünfte durch Polizeikräfte schützen zu lassen.

Großes zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge

Insgesamt erfahren die Flüchtlinge und Asylsuchenden in Deutschland große Unterstützung durch die Zivilgesellschaft, betonte Christiane Lember-Dobler. Allerdings würden Organisationen, Initiativen und Institutionen oft aneinander vorbei arbeiten. Um hier Abhilfe zu schaffen, bedürfe es besserer und effizienterer Strukturen. Diese seien auch notwendig, unterstrich Adolf Klocke-Lesch, um zielgerichtete Antworten auf die Probleme der Flüchtlinge zu finden. Ein gutes Beispiel für derartige Strukturen sei eine Plattform für nach Deutschland geflüchtete Wissenschaftler. Sie sprechen die Flüchtlinge in ihren jeweiligen Rollen etwa als Ärzte oder Ingenieure an und versuchen, sie entsprechend ihres Know-

hows in die deutsche Arbeitswelt zu integrieren. Die kommunalen Strukturen ließen zu wenig Raum für eine echte Bürgerbeteiligung, beklagte ein Diskussteilnehmer aus dem Publikum. „Die Bürgerinnen und Bürger werden von den Kommunen in deren Strukturen beteiligt, sie können sich aber nicht in den von ihnen präferierten Strukturen beteiligen.“ Die Bonner Ermekeil-Initiative habe sich zur Aufgabe gemacht, einen solchen Bürgerdialog zu gestalten. Sie wolle dabei auf das große Engagement der Zivilgesellschaft bei der Unterbringung von Flüchtlingen aufbauen. „Ohne dieses Engagement würde vieles hier in Bonn nicht so gut laufen, wie es aktuell der Fall ist.“

In Prozessen und Systemen denken

Es ist ein zu kurzfristiger Ansatz, wenn Kommunen ihre Präventionsarbeit und die Bearbeitung lokaler Konflikte lediglich an Kategorien wie Maßnahmen, Projekten oder einzelnen Zielgruppen ausrichten. Sie müssen ihre friedenspolitische Herangehensweise systematischer gestalten und zum Beispiel fragen, wo in der Kommune welche Art von Spannungen bestehen. Wo gibt es zum Beispiel heute schon problematische Haltungen und Handlungsweisen, die in Zukunft zu Konflikten führen können? Wie können die vorhandenen Ressourcen dafür am besten genutzt werden? Wie lassen sich diese Systeme beeinflussen, um zu einem konstruktiven Umgang mit Konflikten zu kommen? „Wenn kommunale Friedensarbeit etwas bewegen

will, dann erfordert das häufig Mut für Neues und Ungewöhnliches“, sagte Christiane Lember-Dobler.

Auch viele Friedensorganisationen tun sich schwer damit, Prozesse zu gestalten, und verharren häufig in einer an Maßnahmen ausgerichteten Denkweise. Eine typische Reaktion auf Konflikte mit fremdenfeindlicher Motivation sei zum Beispiel der Hinweis darauf, dass man mit lokalen Bildungsträgern im Gespräch über lokale Bildungsarbeit sei, hört Hagen Berndt immer wieder in Beratungsgesprächen. Das könne aber keine adäquate Antwort auf Konflikte sein; notwendig sei vielmehr, den Umgang mit Konflikten zu gestalten.



Für eine Kommune wie Augsburg sei der Ansatz „Weg von der Maßnahme, hin zum Prozess“ sehr interessant, meinte Christiane Lemberg-Dobler. Ein solcher Prozess sei zum Beispiel der Augsburger „Runde Tisch der Religionen“. Er fördere seit über zehn Jahren den interreligiösen Dialog in der Stadt

und erfordere einen langen Atem. Aber im Laufe der Zeit habe er zu einem besseren Miteinander der Religionen in der Stadt beigetragen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hätten als Multiplikatoren positiv im Sinne eines friedlichen Miteinanders in ihre Religionsgemeinschaften hineingewirkt.

Beispiel: Grandhotel Cosmopolis Augsburg

Das ehemalige Seniorenheim der Diakonie im Augsburger Domviertel dient heute als Hotel, Künstleratelier und Flüchtlingsunterkunft. Es hat national und international eine große Strahlkraft, weil es sehr prozesshaft arbeitet und neue, ungewöhnliche Konzepte für ein friedliches Zusammenleben in der modernen Stadtgesellschaft umsetzt.

Friedensarbeit in Netzwerken

Das friedliche Miteinander in einer Gesellschaft betrifft viele verschiedene Lebensbereiche und fällt in das Aufgabenspektrum einer Vielzahl von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und Organisationen. Wer den Frieden fördern möchte,

kann nicht isoliert von anderen Akteuren agieren, sondern muss sich auf andere zu bewegen. Friedensarbeit ist auch immer Netzwerkarbeit, egal ob im europäischen, nationalen oder lokalen Kontext.

...zwischen Politikfeldern der internationalen, europäischen und nationalen Politik

Mit seiner Perspektive auf die internationale Politik berichtete Adolf Kloke-Lesch von fehlenden Netzwerken auf allen Ebenen. Die Vereinten Nationen und andere politische Institutionen behandelten zum Beispiel politische und wirtschaftlich-soziale Themen in zwei separaten Sphären. Während bei den Vereinten Nationen der Sicherheitsrat die höchste Instanz für politische Themen darstelle, seien soziale und wirtschaftliche Themen beim Wirtschafts- und Sozialrat (Economic and Social Council, ECOSOC) angesiedelt. Zwischen diesen Welten finde wenig Austausch statt. „Mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung

ist es gelungen, dieses Silo-Denken aufzubrechen“, schöpfte Kloke-Lesch Hoffnung für die Zukunft.

Bei der Europäischen Union steht momentan die Überprüfung mehrerer Großstrategien an. Die Außenbeauftragte will bis Juni 2016 eine globale Strategie für Außen- und Sicherheitspolitik formulieren. Bis zum gleichen Zeitpunkt soll ein Sonderberater von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seine Ideen vorlegen, wie nachhaltige Entwicklungsziele für Europa umgesetzt werden könnten. Man sieht, die Dinge laufen hier getrennt.

...zwischen nationaler und internationaler Friedensarbeit

Es sei schwierig, so ein Kommentar aus dem Publikum, die internationale und nationale Friedensarbeit zusammenzuführen. Dies gelinge nur punktuell zum Beispiel bei Bildungsveranstaltungen. Grundsätzlich arbeiteten die nationalen und die internationalen friedenspolitischen Organisationen

in unterschiedlichen Strukturen und Netzwerken mit anderen Finanzierungsinstitutionen. Dennoch gelte eine der wichtigsten Lehren der internationalen Zusammenarbeit auch in nationalen Kontexten: „Schaut rechtzeitig auf die Konflikte, bevor sie eskalieren.“

...aus verschiedenen politischen Milieus

Die Sozialverbände spielen in Deutschland eine sehr wichtige Rolle bei der Bearbeitung sozialer Aufgaben wie etwa der Reduzierung der Ungleichheit im Land. Trotz der inhaltlichen Verbindungen zu vielen internationalen Herausforderungen agieren diese Organisationen bislang ohne Verbindungen zu internationalen Diskursen. „Ich bin froh, dass es heute gelingt, zum Beispiel den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband in Diskussionen über globale

nachhaltige Entwicklung einzubinden“, berichtete Adolf Kloke-Lesch. Die SDGs böten eine Chance für eine weitere Annäherung zwischen national agierenden Sozialverbänden und Institutionen der internationalen Zusammenarbeit, weil sie alle Dimensionen von Entwicklung – national wie international – einschließen und den von den Sozialverbänden angesprochenen Zielgruppen auch etwas zu bieten haben.



Bürgerversammlung zur Aufnahme von Flüchtlingen

...innerhalb einer Kommune

Verwaltungsstrukturen müssen sich besser vernetzen, wenn sie den Herausforderungen in ihren Kommunen wie zum Beispiel der interkulturellen Öffnung prozesshafter und systematischer begegnen wollen. Sie sollten ihre Strukturen offener gestalten, damit eine Teilhabe aller im Sinne einer inklusiven Gesellschaft möglich wird. „Die Kommunen sind in der Pflicht, derartige Prozesse nicht nur zuzulassen, sondern sie auch zu fördern und letztendlich auch zu bezahlen“, forderte Christiane Lemberg-Dobler. Das Gebot der lokalen Vernetzung gilt gleichermaßen für die Zivilgesellschaft. Auch hier ist Vernetzung

ein langfristiger Prozess, der viel bewirken kann. Ein Beispiel ist das bundesweite Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“, das die Arbeitsmarktchancen von Migrantinnen und Migranten in Deutschland verbessern will. In Augsburg begann das Netzwerk vor zehn Jahren mit nur etwa fünf Akteuren seine Arbeit. Heute nehmen rund 100 Personen an den Treffen teil, tauschen sich aus, stellen sich gegenseitig ihre Aktivitäten vor oder initiieren gemeinsame Projekte wie etwa das Integrationszentrum „Tür an Tür“, das wichtige Arbeit für Flüchtlinge leistet.

...mit der Wirtschaft

Die Umsetzung der SDGs mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft zu diskutieren, ist gelegentlich schwierig, weiß Adolf Kloke-Lesch. Diese fühlten sich zwar auch den SDGs verpflichtet, hätten jedoch eine andere Herangehensweise als etwa typische Friedensinstitutionen. Daher sei es umso mehr zu begrüßen, dass das Sustainable Develop-

ment Solutions Network, dessen geschäftsführender Direktor er sei, in diesem Jahr gemeinsam mit dem Deutschen Netzwerk Wirtschaftsethik den Business Ethics Summit zum Thema „SDG – wie weiter?“ veranstaltet habe. „Das war ein bemerkenswertes Beispiel für Brückenschläge“, so Kloke-Lesch.

Mit internationaler Erfahrung und lokaler Expertise zu pragmatischen Lösungen

Es gibt viele Erfahrungen aus der internationalen Friedensarbeit und der Konfliktbearbeitung darüber, wie das friedliche Miteinander einer Gesellschaft gefördert werden kann. Diese Erfahrungen sind auch für Deutschland äußerst relevant, finden hier aber noch viel zu wenig Beachtung. „Es ist ein großer Fehler, die Lehren aus der internationalen Arbeit zu ignorieren“, fand Adolf Kloke-Lesch. Diverse Methoden und Prinzipien wie etwa „Do no harm“

oder „Reflecting on Peace Practice“ gälten gleichermaßen für nationale und internationale Kontexte. Auch sie würden in Deutschland bislang kaum angewendet.

Viele Akteure der internationalen Friedensförderung äußern großes Interesse an innergesellschaftlichen Friedensprozessen wie etwa an der Integration von Flüchtlingen. Allerdings fehlt ihnen die innenpo-



Brot für die Welt: Theater für den Frieden in der Demokratischen Republik Kongo

litische Expertise; sie sind zum Beispiel weder mit kommunalen Strukturen noch mit landespolitischen Vorgaben vertraut. Wenn die Organisationen der internationalen Friedensarbeit ihre international erworbene Expertise in nationale Prozesse einbringen wollen, müssen sie sich zunächst sachkundig und damit gesprächsfähig machen.

Für Hagen Berndt ist nicht nur entscheidend, dass in Deutschland Kompetenzen zur Konfliktbearbeitung existieren und für Kommunen abrufbar sind. Genauso wichtig sei, dass die Kommunen diese Kompetenzen abrufen. Zu wenige Kommunen beschäftigten sich mit den strukturellen Ursachen und dem Eskalationspotenzial von Konflikten und nahmen somit die Möglichkeit nicht wahr, von der in Deutschland abrufbaren Expertise zu profitieren.

Wer sich zu wenig in der Friedensarbeit und Konfliktbearbeitung auskennt, wählt schnell das für eine bestimmte Situation möglicherweise falsche Instrument. „Man will etwas bewegen und hat Erfahrung zum Beispiel mit Mediationsverfahren. Das wendet man dann zum Beispiel bei einem Konflikt über Lärmbelästigung an, ohne sich bewusst zu sein, das falsche Instrument gewählt zu haben“, erläuterte Hagen Berndt. Fehlendes Know-how könne schnell dazu führen, dass eine gut gemeinte, aber schlecht durchdachte Konflikt-

bearbeitung zur Eskalation des Konflikts beiträgt. Andererseits besteht die Gefahr, dass kompetente Akteure in akuten Notsituationen zum Beispiel bei deutlich artikulierten Drohungen gegenüber der Unterbringung von Flüchtlingen in einer Kommune zu sehr ihre komplexen Verfahren im Kopf haben, die aber zu viel Zeit benötigen und zu viele Ressourcen binden. Stadtverwaltungen sind zum Beispiel oft nicht so handlungsfähig wie sie eigentlich sein könnten, weil sie viele Verordnungen einhalten müssen und damit zwar kompetent, aber gleichzeitig sehr schwerfällig agieren. So forderte eine Diskussionssteilnehmerin aus dem Publikum, dass kompetente Akteure ihre Expertise so einbringen, dass sie nicht nur schneller abrufbar, sondern auch umzusetzen ist.

Natürlich sei es auch sehr begrüßenswert, wenn diese Expertise aus der Zivilgesellschaft heraus wachse. Aber auch das benötige sehr viel Zeit, die in manchen Situationen nicht zur Verfügung stehe. Christiane Lemberg-Dobler gab in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass zivilgesellschaftliche Organisationen zwar oft schneller reagieren könnten, dafür aber ihre Handlungsmöglichkeiten nicht so umfangreich seien wie jene der Kommunen. Deshalb sei es am besten, wenn jeder Akteur seine Stärken einbringt und aus dieser Vielfalt eine schlagkräftige und vielfältige Arbeit erwachsen kann.



Kurz vorgestellt

Hagen Berndt

Der Trainer und Berater berät freiberuflich zahlreiche Organisationen zur Konflikttransformation im In- und Ausland. Er war früher Rundfunkjournalist für die Deutsche Welle und mehrere Jahre in Indien als Berater von Projekten der gewaltfreien Konfliktbearbeitung tätig. Anschließend wurde er zunächst pädagogischer Leiter, später Geschäftsführer der Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow.

Hagen Berndt studierte Indologie, Islamwissenschaften und Kommunikationsforschung in Bonn und Peradeniya (Sri Lanka) und verfügt über Erfahrungen in Europa, Südasien, im Nahen Osten und in Afrika.

Adolf Kloke-Lesch

Seit 2014 leitet Adolf Kloke-Lesch das Sustainable Development Solutions Network (SDSN Germany) als Geschäftsführender Direktor. Von 1978 bis 2010 war er im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) tätig, zuletzt als Leiter der Abteilung „Globale und sektorale Aufgaben; Europäische und multilaterale Entwicklungspolitik; Afrika, Naher Osten“. Von 2011 bis 2012 gehörte der Stadt- und Regionalplaner und Volkswirt dem Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) an.

Jürgen Nimptsch

Von Oktober 2009 bis Oktober 2015 war der SPD-Politiker Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn. Zuvor leitete er 13 Jahre die Integrierte Gesamtschule Bonn-Beuel.

Während seiner Amtszeit als Oberbürgermeister baute die Stadt Bonn ihr Profil als deutsche Stadt der Vereinten Nationen und Ort des internationalen Dialogs zu Zukunftsthemen weiter aus.

Christiane Lembert-Dobler

Die Ethnologin übernahm 2015 die Leitung des Friedensbüros im Kulturreferat der Stadt Augsburg. Zuvor arbeitete Christiane Lembert-Dobler unter anderem im bundesweiten Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und koordinierte für MigraNet Integrationsprojekte. Zudem lehrt sie seit 2001 am Lehrstuhl für Europäische Ethnologie der Universität Augsburg, wo sie den Forschungsschwerpunkt Migration mit ins Leben rief.



Die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) ist ein Zusammenschluss von staatlichen Organisationen, kirchlichen Hilfswerken, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und politischen Stiftungen.

Ziel von FriEnt ist es, Kompetenzen zu bündeln, Vernetzung und Kooperation zu fördern sowie zu einer konfliktensiblen Entwicklungszusammenarbeit beizutragen. Gemeinsam wollen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für die vielfältigen Ansätze und Potentiale entwicklungspolitischer Friedensarbeit in Politik und Öffentlichkeit werben.

Die FriEnt-Mitglieder eint ihr Engagement für Frieden und Entwicklung.

Sie unterscheiden sich jedoch in ihrer Größe, in ihrem Auftrag, in ihrem Partnerfeld im Ausland und in ihren Projekt- oder Arbeitsansätzen. Diese vielfältigen Perspektiven und Erfahrungen wollen sie für eine gemeinsame und produktive Auseinandersetzung mit den Themen Frieden und Entwicklung nutzen.

→ www.frient.de



Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst ist das weltweit tätige Hilfswerk der evangelischen Landes- und Freikirchen in Deutschland.

In mehr als 90 Ländern rund um den Globus befähigen wir arme und ausgegrenzte Menschen, aus eigener Kraft ihre Lebenssituation zu verbessern.

Schwerpunkte unserer Arbeit sind die Ernährungssicherung, die Förderung von Bildung und Gesundheit, der Zugang zu Wasser, die Stärkung der Demokratie, die Achtung der Menschenrechte, die Sicherung des Friedens sowie die Bewahrung der Schöpfung. Durch Lobby-, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit in Deutschland und Europa versuchen wir politische Entscheidungen im Sinne der Armen zu beeinflussen und ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise zu schaffen.

→ www.brot-fuer-die-welt.de



Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), eine gemeinnützige, private und kulturelle Institution, ist seit ihrer Gründung 1925 den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet. Sie verfolgt folgende Ziele:

- ▶ die politische und gesellschaftliche Bildung von Menschen aus allen Lebensbereichen im Geiste von Demokratie und Pluralismus fördern,
- ▶ begabten jungen Menschen unabhängig von den materiellen Möglichkeiten der Eltern durch Stipendien den Zugang zum Hochschulstudium ermöglichen,
- ▶ zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit beitragen.

Die FES will mit ihren Aktivitäten:

- ▶ die politische Erneuerung der sozialen Demokratie fördern,
- ▶ politische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken,
- ▶ die Wirtschafts- und Sozialordnung gerecht gestalten,
- ▶ den Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik vertiefen und
- ▶ die Globalisierung sozial gestalten.

→ www.fes.de

Impressum

Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)
c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 36
53113 Bonn

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Verantwortlich:
Marc Baxmann (FriEnt)
Dr. Wolfgang Heinrich (Brot für die Welt – EED)
Martin Weinert (FES)

Redaktion: Dr. Susanne Reiff, to the point communication, Königswinter
Layout: kreutzberger . büro für kommunikationsdesign, Köln

Bildnachweis: Titel: Presseamt Bundesstadt Bonn, ASB/Hannibal, Grandhotel Cosmopolis/Jutta Geisenhofer, Flickr.com/Franz-Ferdinand Photography, S. 6: Flickr.com/Rettet den Regenwald e.V., S. 8: Stadt Augsburg/S. Kerpf, S. 9: ASB/Hannibal, S. 10: Grandhotel Cosmopolis/Jutta Geisenhofer, S. 12: Flickr.com/Franz-Ferdinand Photography, S. 13: Christoph Püschner/Brot für die Welt, S. 14: Gabriele Schlipf, S. 15: Isabel Großer, Rückseite: Flickr.com/Rettet den Regenwald e.V., Stadt Augsburg/S. Kerpf, Gabriele Schlipf, Christoph Püschner/Brot für die Welt.

ISBN: 978-3-95861-459-8

© März 2016

